
3580/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 20.09.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen
betreffend System-Wirrwarr in der Schulbürokratie überwinden, digitale Wende
beschleunigen**

Ineffiziente Verwaltungsabläufe, überzogene Dokumentationspflichten und andere bürokratische Belastungen zählen zu den größten Ärgernissen im Schulwesen. In einer repräsentativen Umfrage von Peter Hajek Public Opinion Strategies unter 700 Lehrkräften gaben 90% der Befragten an, dass sie im Arbeitsalltag Tätigkeiten ausüben, die viel Zeit in Anspruch nehmen und wenig Nutzen haben. Auf die Frage, welche Tätigkeiten das sind, geben 57% der Befragten "Administration und Bürokratie" an, weitere 19% nennen "Dokumentation und Protokolle", also ebenfalls bürokratische Tätigkeiten. Diese Zeit geht zulasten der individuellen Zuwendung zu Schüler:innen und der Vorbereitung guten Unterrichts.

Ein zentraler Aspekt dieses Problems ist, dass die Digitalisierung der Schulverwaltung bis dato in einer Weise erfolgt ist, die oft mehr zusätzlichen Zeitaufwand mit sich bringt als sie Aufwand einspart. Während die Digitalisierung in anderen Bereichen der Arbeitswelt bereits große Produktivitätszuwächse bewirkt hat, ist dies in der Schulverwaltung bisher nicht gelungen. Dies hat mehrere Gründe:

- Die eingesetzten Software-Programme sind oft wenig userfreundlich und umständlich zu bedienen.
- Es kommen unterschiedlichste Programme für Teilbereiche der schulischen Verwaltungsaufgaben zum Einsatz, die nicht gesamtheitlich konzipiert und verwoben sind.
- Zahlreiche Daten müssen mehrfach eingegeben werden, z.B. in unterschiedliche Programme und/oder auf Papier und/oder in PDF-Formulare.
- Die auszufüllenden Formulare und Listen fragen auch nach Informationen, die im System bzw. in der Bildungsdirektion bereits vorhanden sind.
- Die Lehrkräfte haben keine Diensthandys, smartphonebasierte Lösungen wie QR-Code-Scans kommen in Verwaltungs- und Datenerfassungsabläufen nicht zum Einsatz.
- Die Betroffenen, nämlich Schulleiter:innen und Lehrpersonen, die nicht als Personalvertreter:innen bereits "System-Insider" sind, werden kaum in die

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entwicklung und Weiterentwicklung der Programme und Lösungen einbezogen.

Die Vielfalt an eingesetzter Software ist für Außenstehende schwer zu überblicken, umfasst aber offenbar jeweils eigene Programme für die Schülerverwaltung, Schulverwaltung, Personalverwaltung, Stundenplanerstellung, Schulbuchbestellung, Lernmanagementsysteme und einiges mehr.

Dieses digitale Arbeitsumfeld der Schulleiter:innen und Lehrer:innen effizienter und effektiver zu gestalten, wäre eine zentrale Managementaufgabe des BMBWF und der Bildungsdirektionen. Die bisher verfolgten Ansätzen haben offenbar nicht zum Erfolg geführt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die zahlreichen Softwareprogramme, mit denen Schulen unterschiedliche Verwaltungstätigkeiten abwickeln, konsolidiert und vereinfacht werden. Dabei soll vorrangig das Ziel verfolgt werden, Lösungen zu entwickeln, die in unterschiedlichsten Schulen praxistauglich und zeiteffizient einsetzbar sind. Zu diesem Zweck soll ein Praxis-Beirat eingerichtet werden, der aus Schulleitungen und Lehrkräften besteht, die jährlich neu ausgewählt werden. Die Funktion als Personalvertreter:in ist dafür nicht ausschlaggebend.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.